

Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen

Quelle: GENSCHER, Hans-Dietrich. Erinnerungen. Berlin: Siedler, 1995. 1086 S. ISBN 3-88680-453-4. p. 362-366.

Urheberrecht: (c) Hans-Dietrich Genscher

URL: http://www.cvce.eu/obj/hans_dietrich_genscher_erinnerungen-de-5a2515a9-90d2-42ea-b689-d6ae57fe7ee2.html

Publication date: 18/12/2013

Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*

[...]

Mit der Entwicklung in der EG selbst war ich unzufrieden. Meine jährliche Rede auf dem Dreikönigstreffen der baden-württembergischen Liberalen, einer Veranstaltung, die längst bundesweit Beachtung fand, nutzte ich daher am 6. Januar 1981 zu einem erneuten Vorstoß. Ich entschloß mich, wie schon 1966, wiederum in Stuttgart eine wichtige außenpolitische Initiative vorzuschlagen: nämlich eine weitere Anstrengung für die Konstituierung einer Europäischen Union zu unternehmen. Die Reaktionen waren in Deutschland geringer als in manchen anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft; vor allem in Italien fielen diese Ideen auf fruchtbaren Boden.

Im Laufe des Jahres 1981 traf ich mich daher häufig mit meinem italienischen Kollegen Emilio Colombo, der zu den großen Persönlichkeiten der italienischen Nachkriegspolitik gehört. Außenminister, Finanzminister, Ministerpräsident - Colombo hat seinem Land in den verschiedensten Funktionen gedient. Die Zusammenarbeit mit ihm gestaltete sich so freundschaftlich und eng, daß ich es zuweilen bedauerte, mich mit ihm nicht in einer gemeinsamen Sprache unterhalten zu können. Übereinstimmung in den Fragen der europäischen Politik aber und die Unterstützung unserer vorzüglichen Dolmetscher ließen uns dennoch zueinander finden.

[...]

Doch zurück zu meiner Dreikönigsrede. Im Auswärtigen Amt wurde meine Initiative mit großer Erleichterung aufgenommen. Mein Haupttratgeber, Staatssekretär Hans Werner Lautenschlager, mit dem ich mich im Laufe der Jahre politisch und freundschaftlich zunehmend verbunden fühlte, ist ein zutiefst europäisch denkender Mann, ein Europäer der ersten Stunde, der zudem das Metier professionell, ja unübertrefflich beherrscht. Für ihn gilt: Ein Erfolg der Europäischen Gemeinschaft ist auch ein Gewinn für unser Land. Lautenschlager gehört zu den großen Persönlichkeiten des deutschen Auswärtigen Dienstes nach dem Zweiten Weltkrieg; darüber hinaus personifiziert er ein parteipolitisch unabhängiges Beamtenamt in einem demokratischen Staat.

Nach Vorbereitung durch unsere Beamten konnten Emilio Colombo und ich schließlich ein Konzept für die Europäische Union vorlegen, in dem wir die Rolle des Europäischen Rates unterstrichen und uns entschieden für eine Stärkung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) einsetzten. Demokratisierung und Wahrung der Menschenrechte als Grundlage unserer gemeinsamen Außenpolitik hoben wir besonders hervor, um auf diese Weise eine wertorientierte Außenpolitik der Gemeinschaft zu konstituieren. Außerdem plädierten wir für eine engere Zusammenarbeit in der Kulturpolitik und im Rechtsbereich, für die Entwicklung des Europäischen Währungssystems (EWS) und für eine Wirtschafts- und Währungsunion. »Europäische Akte« nannten wir das Dokument, dessen Ziel ein Vertragswerk war, wie es später in den Verträgen von Maastricht Wirklichkeit geworden ist.

In der Bundesregierung war die Initiative nicht unumstritten. So schien etwa Verteidigungsminister Apel zu befürchten, auch sicherheitspolitische Fragen könnten in die EPZ mit einbezogen werden, meinem Eindruck nach eher ressortpolitische als sachliche Bedenken. Als der Vorschlag im Bundeskabinett diskutiert wurde, machte ich daher Abstriche, um den Bedenken Hans Apels Rechnung zu tragen. Es ging mir darum, die große Linie durchzusetzen. Da auch Herbert Wehner sich im Interesse der Koalition für meinen Vorstoß einsetzte, kam es schließlich doch noch zu einer Verständigung.

Zusammen mit Außenminister Colombo erhielt ich Gelegenheit, unsere Initiative vor dem Europäischen Parlament vorzutragen. Dies war so etwas wie eine kleine Revolution, denn normalerweise hatte nur die Präsidentschaft das Recht, vor dem Europäischen Parlament aufzutreten. Zu unserer Freude reagierten die Abgeordneten positiv, und die Regierungen der Mitgliedstaaten einigten sich, Verhandlungen über die »Europäische Akte« aufzunehmen. Bald aber wurde deutlich, daß ein völkerrechtlicher Vertrag nicht im Bereich des Möglichen lag: Mehrere Partner beharrten darauf, daß vor einer vertraglichen Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zunächst die Probleme des EG-Haushalts, der

Agrarpolitik und der Strukturpolitik zu lösen seien.

Mitten in diesen Diskussionsprozeß fiel der Regierungswechsel in Deutschland. Die Genscher-Colombo-Initiative profitierte davon, denn die CDU/CSU hatte schon als Opposition unseren Vorschlag unterstützt; namentlich Helmut Kohl als Oppositionsführer hatte sich dazu eindeutig geäußert. Mir schien das ein gutes Zeichen zu sein. Während es in einigen außenpolitischen Feldern - etwa hinsichtlich der deutsch-polnischen Grenze und in der Afrika-Politik, insbesondere in der Haltung zu Namibia und Südafrika - durchaus Meinungsverschiedenheiten gab, wurde die Europa-Politik zu einem Bindeglied der Koalition. Mehr noch: Für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft wurde das Engagement Helmut Kohls zu einer wichtigen Konstante.

Deutschland hatte im ersten Halbjahr 1983 den EG-Vorsitz inne. Der neue Bundeskanzler konnte daher schon bald nach seiner Amtsübernahme seine Haltung zur europäischen Einigung als Vorsitzender der Gemeinschaft deutlich zum Ausdruck bringen. Er nutzte die Chance mit großer Energie und Glaubwürdigkeit.

Die Genscher-Colombo-Initiative erreichte zwar das Ziel, die Europäische Union wieder auf die Tagesordnung der europäischen Politik zu setzen, mit unseren weiterreichenden Wünschen aber mußten wir, zumindest im ersten Anlauf, zurückstecken. Der Europäische Rat in Stuttgart konnte sich am 19. Juni 1983 »nur« zu einer »Feierlichen Erklärung« entschließen. Noch lag ein völkerrechtlicher Vertrag über die Fortentwicklung der EG hin zur Europäischen Union in weiter Ferne, wichtig jedoch - und ein Teilerfolg - war die politische Verpflichtung, die EG in die Europäische Union münden lassen zu wollen. Doch die Regierung Kohl/Genscher ließ nicht locker, und unser Engagement wurde mit dem Europäischen Rat in Straßburg sieben Jahre später, im Dezember 1989, eindrucksvoll bestätigt.

[...]